

ERHARD CROME

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Debatten um die Wahlergebnisse der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind auch deshalb so bedeutsam, weil sie in die entscheidende Phase des Formierungsprozesses der neuen Linkspartei fallen und sich mit den hier geführten politischen und programmatischen Debatten überlagern. Das ist für die Berliner Linkspartei.PDS in zweierlei Hinsicht problematisch: Die Interpretationen aus anderen Teilen der Bundesrepublik sind nicht notwendig auf die Lösung der Probleme in Berlin gerichtet, sondern diese werden zur Folie, auf der unterschiedliche politische und inhaltliche Kontroversen ausgegossen werden; eine Fortsetzung der Berliner Koalition – wenn sie denn erfolgt – wird auch innerhalb der Partei in den nächsten Jahren unter besonderer Beobachtung stehen, noch verstärkt, wenn Berlin in der nächsten Wahlperiode die einzige »rot-rote« Landesregierung haben wird.

Erhard Crome – Jg. 1951, Dr. rer. pol. habil., Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktion »Berliner Debatte INITIAL«, zuletzt in UTOPIE kreativ: PDS. Ansichten einer Krise, Heft 153/154 (Juli/August 2003)

Dieser Kontext gilt auch über die Partei hinaus und für die Sphäre des Politischen insgesamt. Die politischen Gegner werden jede aus ihrer Sicht geeignete Maßnahme des Berliner Senats zu nutzen trachten, um sie gegen die bundespolitische Positionierung der Linkspartei auszuspielen. Bereits am Wahlabend hatte der SPD-Vorsitzende Beck getönt, das Berliner Ergebnis sei ein »Malus Lafontaine« – und hatte damit gegen die auch ihm sicher nicht unbekannteste Regel verstoßen, daß aus Ergebnissen einzelner Landtagswahlen nicht beliebig auf die Bundespolitik zu schließen ist. Wahrscheinlich ist das bei der Bundes-SPD so ähnlich wie bei dem berühmten Hund des Naturforschers Pawlow: Wenn das Stichwort Linkspartei fällt, wird etwas gegen Oskar Lafontaine gesagt. Genau betrachtet, ist dieser bedingte Reflex aber nur die Kehrseite der Hinwendung auch der deutschen Sozialdemokratie zu den Glaubenssätzen des Neoliberalismus und damit ihrer Abkehr von dem, wofür sie jahrzehntelang stand.

Dessen ungeachtet sind für eine demokratisch-sozialistische Partei, die sich regelmäßig demokratischen Wahlen stellt, deren Ergebnisse ein wichtiger Ausdruck dessen, inwieweit es gelingt, ihre politische Reichweite zu vergrößern. In diesem Sinne haben die Ergebnisse der Wahlen in den beiden Bundesländern, in denen die Partei in den vergangenen Jahren an der Regierung beteiligt war, durchaus eine besondere Bedeutung.

Zu einigen politischen Voraussetzungen

Zunächst ist daran zu erinnern, daß es sich bei politischen Systemen um Koalitionen zwischen klar identifizierbaren politischen Eliten, die Parteien gebildet haben und diese prägen, und bestimmten Wähler-

segmenten handelt. »Politische Eliten sind«, schreibt der Politikwissenschaftler Karl Rohe, »so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluß kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.« Wahlen dienen der Bekräftigung solcher Unterstützung oder dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: »Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, daß ihre gesellschaftliche Basis gleichsam »weggerutscht« ist, sondern auch darin, daß politische Eliten es bewußt oder unbewußt versäumt haben, die »politische Koalition« mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.«¹

An dieser Stelle soll in bezug auf die Linke weder über den Terminus »Elite« noch den politischen »Unternehmer« diskutiert werden; auch ist der Hinweis auf »Eigeninteressen« nicht notwendig auf Gehälter und Dienstwagen zu beziehen, wie es in manchen, die Linke oder das politische System überhaupt denunzieren wollenden Texten gern getan wird. Sich in einem Wettbewerbssystem zwischen unterschiedlichen politischen Parteien zu befinden und um die Zustimmung der Wähler zu kämpfen, hat jedoch etwas mit Konkurrenz und einem gewissen »Unternehmertum« zu tun, und das Eigeninteresse bezieht sich hier auf Macht und Einfluß, letztlich mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern. Wichtig ist an dieser Stelle etwas anderes: Wenn das Wahlergebnis deutlich unter dem vorigen liegt, muß mit der Pflege und Erneuerung des Bündnisses zwischen dem zur Wahl stehenden politischen Personal und den Wählern etwas nicht gestimmt haben. Darüber ist dann nachzudenken.

Die PDS hat seit 1990 ihre eigene Symbolik zu vermitteln verstanden, auch unter Nutzung der politischen Schwächen und Fehler der anderen Parteien. Allerdings darf der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden – dies ist ein immer wieder gern wiederholter Fehler von Menschen, die voller Eifer an Parteiprogrammen schreiben. Hier soll nochmals Rohe zitiert werden: »Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen »wiederfinden« können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen »Politiken« gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene »Politiken« und »Vissues«, die den Nexus berühren, um derentwillen die »politische Koalition« einst eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalt mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.«² Dies ist der PDS, jenseits ihrer programmatischen Unausgewogenheiten, offenbar nach 1990 um so

1 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992, S. 25 f.

2 Ebenda, S. 27.

deutlicher gelungen, je stärker die Anfeindungen seitens anderer Parteien oder deren Führungsgruppen ausfielen. Das gilt auch für Berlin und die Zeit der Opposition bis 2001. Es gilt offenbar nicht für die Zeit der Regierungstätigkeit in der Berliner Koalition.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Berliner Abgeordnetenhauswahlen im Jahre 2001 in einer Sondersituation stattgefunden hatten. Nach der deutschen Einheit und der ersten Gesamtberliner Wahl des Abgeordnetenhauses im Jahre 1990 hatte eine »Große Koalition« von CDU und SPD unter CDU-Führung die Stadt regiert. Das Ergebnis waren die verfehlte Metropolen-Politik, die zu dem von der rot-roten Koalition im Jahre 2001 vorgefundenen Schuldenberg geführt hatte, die Vetternwirtschaft um die Kernführung der alten Westberliner CDU – Stichwort »Bankenskandal« –, die schließlich zu der vorgezogenen Neuwahl zum Abgeordnetenhaus 2001 geführt hatte, sowie die weitreichenden Privatisierungen der Elektroenergie- und Gasversorgung sowie der Berliner Wasserbetriebe, für die insbesondere SPD-Senatoren verantwortlich waren.

In jener Lage des Jahres 2001 waren die Wahlen emotional besonders aufgeladen. Der Filz sollte weg, und die PDS, das Schmuttkind aus dem Osten, bot sich als die eigentliche Alternative an. Mit Gregor Gysi hatte sie einen strahlkräftigen Kandidaten, der zudem einen Bürgermeister-Wahlkampf machte. Dazu reichte es dann, trotz des historischen Zusammenbruchs der CDU, der bis heute nachwirkt, nicht. Die PDS ging in die Koalition mit der SPD, nachdem deren Spitzenkandidat Klaus Wowereit eine Koalition mit der CDU ausgeschlossen hatte und die »Ampel« mit FDP und Grünen nicht realisierbar war.

Was aber passierte nun im Spannungsfeld von tatsächlicher Politik, deren öffentlicher Präsentation und symbolischer Politik? In Sachen Bankenskandal trug die PDS die Risikoabschirmung mit, unter Hinweis darauf, daß ansonsten die Berliner Sparkasse und deren Arbeitsplätze gefährdet worden wären. Expertenmeinungen, daß dies durchaus nicht so gewesen wäre, wurden ignoriert. Eine breite, zumindest parteiöffentliche Debatte dazu fand nicht statt. Nach außen hin trat der neue Senat geräuschlos in die Verantwortung für den alten, wodurch der Eindruck vermittelt wurde, daß die wirklich Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein Ergebnis ist, die CDU warf den Rot-Roten im Wahlkampf 2006 die Schulden der Stadt vor – die sie selbst bis 2001 hauptverantwortlich produziert hatte. Und die Mitverantwortung der SPD für diese Lage in der alten Koalition verschwand hinter dem Lächeln von Klaus Wowereit. In Sachen Wasserprivatisierung thematisierte die von der PDS geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft ebenfalls nicht die skandalösen, gegen die guten Sitten verstoßenden Verträge, die sie 2001 vorgefunden hatte. Auf der alternativen Webseite einiger kritischer SPD-Politiker war zu jener Zeit mehr über diese neoliberalen Verträge und ihre juristische Würdigung zu lesen als bei der PDS. Auch hier war das politische Ergebnis, daß die Verantwortlichen der SPD im alten Senat im Schatten blieben und Wowereit den Bruch öffentlich zelebrieren konnte.

Im Jahre 2002 verschwand dann Gregor Gysi aus der Berliner Politik. Das trug schon für sich genommen zu weiterer Enttäuschung bei. In der Folgezeit gab es Auseinandersetzungen um die Schließung öf-

fentlicher Einrichtungen, das Blindengeld, das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr in Berlin, die Gebühren für Kindertagesstätten und den Verkauf von Wohnungen. Alles dies hatte die PDS der SPD mit dem Koalitionsvertrag zugestanden und dann auch mitgetragen. Das Hauptproblem auch hier aber war, daß es keine wirkliche öffentliche Debatte dazu gab, auch nicht innerhalb der PDS. Der Unmut an der Basis wuchs, die Verantwortlichen teilten mit, es gäbe keine Alternative, und schmolten, wenn ihnen vorgehalten wurde, sie würden neoliberale Politik mittragen und würden nicht ernsthaft über Alternativen nachdenken. Hinzu kamen die bleibenden Verletzungen im Zusammenhang mit verschiedenen politischen »Entschuldigungen« für unterschiedliche Kapitel der DDR- und SED-Geschichte, die ebenfalls nicht ausreichend in den Gremien der Partei und der Mitgliedschaft kommuniziert worden waren. Wenn die »gelebten Biographien« aus der DDR Teil des Selbstverständnisses der PDS gewesen sein sollten, waren diese Vorgänge kontraproduktiv.

Zum Themenkreis fragwürdiger symbolischer Politik gehörte auch, daß die Berliner Senatoren zwar im Senat der sogenannten EU-Verfassung nicht zugestimmt hatten, die Landesregierung in der entsprechenden Sitzung des Bundesrates aber zustimmen konnte, während die PDS in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend der Beschlußlage der Partei darauf bestand, daß sich das Land in der Abstimmung enthält und Wolfgang Methling, der stellvertretende Ministerpräsident, nahm selbst an der Abstimmung teil – wohl zu verhindern, daß der SPD-Ministerpräsident Ringstorff entgegen den Absprachen nicht doch zustimmt, was er bei anderer Gelegenheit schon einmal getan hatte. Bei den Anti-Bush-Demonstrationen in Stralsund 2006 waren auch PDS-Minister gesehen worden, während in Berlin 2002 die PDS-Senatoren gemäß der Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters zu Hause geblieben waren. Auch so etwas hatte zum schlechten Ruf der Berliner Regierung in sozialen Bewegungen und unter verschiedenen Linken, vor allem in Westdeutschland beigetragen.

Das Erklären der Haushaltssanierung zum gleichsam eigentlichen Ziel des Regierungshandelns blieb umstritten und politisch nicht überzeugend, zumal angesichts der analogen Argumentation der Regierung Schröder auf Bundesebene als Begründung für die Politik des Sozialabbaus der Unterschied zwischen »Rot-Grün« auf Bundes- und »Rot-Rot« auf Landesebene nicht sichtbar gemacht werden konnte. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode agierte die PDS in der Regierung politisch geschickter. Die Behandlung Hartz IV-Betroffener in Berlin unterschied sich deutlich von der in anderen Bundesländern. Weitere Erhöhungen der Strompreise und der Tarife im Nahverkehr wurden im Jahre 2006 abgelehnt. Doch konnte das den etwa 2002 erfolgten Bruch auf der Ebene der symbolischen Verständigung mit Teilen der Stammwählerschaft nicht mehr reparieren. Das Wählerverhalten im Jahre 2006 ist in erheblichem Maße die Folge dessen.

Die Wahlergebnisse

In Mecklenburg-Vorpommern konnte die Linkspartei.PDS ihre Position prozentual sogar etwas ausbauen: sie erhielt 16,8 Prozent im Vergleich zu 16,4 Prozent der Zweitstimmen bei den Landtagswahlen 2002. Das allerdings war auch der um etwa zehn Prozent niedrigeren

Wahlbeteiligung zu verdanken. Absolut hat sie über 20 000 Wähler verloren. Die Zahl der für die Linkspartei.PDS abgegebenen Zweitstimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin 2006 betrug etwa 185 000. Damit hatte sie gegenüber 2001 etwa zehn Prozent der Stimmen (bezogen auf die Gesamt-Stimmenzahl) verloren und fiel auf 13,4 Prozent zurück. Zu den Besonderheiten der Wahlen im Vergleich gehört, daß in Berlin die SPD rechnerisch etwa ein Prozent der Stimmen hinzugewonnen hat (absolut auch fast 60 000 Stimmen verlor; die Wahlbeteiligung sank auch hier um etwa zehn Prozent), während sie in Mecklenburg-Vorpommern fast zehn Prozent verlor. In beiden Fällen blieb die SPD jedoch stärkste Partei. In Mecklenburg entschied sie sich nach zwei Wahlperioden Rot-Rot für die Koalition mit der CDU. Das ermöglicht den beiden Parteien, die auch die Koalition auf Bundesebene stellen, nun eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit auch im Bundesrat. In Berlin dagegen entschied sich die SPD für die Fortsetzung der rot-roten Landesregierung, obwohl hier ein Wechsel zu Rot-Grün möglich gewesen wäre. Nachdem auch der Landesparteitag der Linkspartei.PDS für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen votiert hatte, bestehen hier Möglichkeiten der Fortsetzung der Koalition.

Betrachtet man die längerfristigen Wahlergebnisse der PDS bzw. Linkspartei in Berlin sowie die Wahlbeteiligung, so zeigt sich folgendes Bild:

	Abgegebene Zweitstimmen PDS/Linke	Wahlbeteiligung (%)
AGH 1990	184 820	80,8
BTW 1994	289 517	78,6
AGH 1995	244 196	68,6
BTW 1998	263 337	81,1
AGH 1999	276 869	65,5
AGH 2001	366 292	68,1
BTW 2002	212 642	77,6
BTW 2005	321 714	77,4
AGH 2006	185 086	58,0

(AGH – Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin, BTW – Bundestagswahl)

Hier zeigt sich eine bei tendenziell sinkender Wahlbeteiligung doch relativ stabile Wählerschaft der Linken. Das alternative Antreten der Wahlalternative (WASG) hatte eher biographische als politische Gründe – viele der Protagonisten des konkurrierenden Wahlantritts waren ehemalige PDS-Mitglieder, die vielfach wegen der Regierungsbeteiligung aus der Partei ausgetreten waren. Insofern sind die hier zu diskutierenden Gesichtspunkte von der Analyse über das Gesamtproblem des Abschneidens der Linkspartei.PDS nicht zu trennen. Insgesamt hat die WASG nur 40 459 Zweitstimmen erhalten, während die Linke über 180 000 Stimmen verloren hat. Die Position der Linken sähe im Vergleich zu Grünen und FDP mit den WASG-Stimmen besser aus. Diese war aber nicht das eigentliche Problem. Etwa 64 000 Wähler hat die Linke an die »Partei der Nichtwähler« verloren, wie

Analysen der Wahlforscher zeigen, während sie nur 17 000 Stimmen an die WASG abgegeben hat, aber 29 000 Stimmen an die SPD. Umgekehrt hat die WASG nur 4 000 vorherige Nichtwähler angesprochen. Insofern bleiben zwei Schlußfolgerungen: Es darf erstens künftig keine konkurrierenden Antritte innerhalb der Linken mehr geben – nach der tatsächlichen Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG auf Bundesebene dürfte das hier ausgeschlossen sein. Zweitens aber ist das ernste Problem das der politischen Umsetzung einer Regierungsbeteiligung der Linken unter der Voraussetzung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Dominanz des Neoliberalismus.

Künftige Herausforderungen

Für die weitere Entwicklung ergeben sich aus meiner Sicht verschiedene Herausforderungen.

Die erste ist: Die Linke in Deutschland konstituiert sich bewußt als transformatorische Linke, die sich von allen Formen eines Avantgarde-Anspruchs verabschiedet hat. Das Ziel besteht in der Politikfähigkeit. Kriterium dafür ist das Wirken in die Gesellschaft hinein, nicht eine selbstgenügsame Rechthaberei. Eine solche Partei hat nicht das Ziel, in einem traditionellen Sinne »Vertreterin« politischer Ziele und sozialer Interessen zu sein, sondern sie nimmt die in der Gesellschaft vorhandenen Interessen und Bedürfnisse auf, kooperiert politisch mit den sozialen Bewegungen und trägt dort artikulierte Positionen in den politischen Raum hinein. Dabei ist sie weder nur der politische Arm der sozialen Linken noch deren Vormund. Sie grenzt sich sowohl von einem sozialdemokratischen Gesellschaftsverständnis ab, das den realexistierenden Kapitalismus nur »besser« zu verwalten meint, als auch von einem revolutionaristischen Gesellschaftsbild, das auf die große Veränderung mittels Umsturzes wartet und die realen Interessen der konkreten Menschen ignoriert. Dies öffentlich sichtbar und nachvollziehbar politisch deutlich zu machen ist meines Erachtens die eigentliche Herausforderung.

Es genügt zweitens nicht, einfach nur Verteidigerin der sozialen Interessen der vom Neoliberalismus Gebeutelten zu sein und frühere Sozialstaats-Leitbilder, die aus der Vergangenheit des fordistischen Kapitalismus stammen, zu vertreten. Es geht darum, soziale und politische Leitziele in den Mittelpunkt zu rücken, die aus den Kämpfen der vergangenen Jahrzehnte im weitesten Sinne resultieren. Das Erfurter Sozialforum im Juli 2005 hat die unterschiedlichsten politischen und sozialen Kräfte, die in verschiedenen Milieus und Kulturen beheimatet sind, in einen Diskussionszusammenhang miteinander gebracht: Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften, Jugendliche, Studenten und Frauenbewegung, Migranten, Umweltschützer, zivilgesellschaftliche Initiativen. Das ist der erreichte Stand des Ringens der sozialen Bewegungen, auf die Bezug zu nehmen ist. Auf Bundesebene wurden seit Herbst 2005 politische Verbindungen zwischen Linkspartei, Bundestagsfraktion und neuen sozialen Bewegungen sowie Gewerkschaften geschaffen, die belastbar und politisch konstruktiv sind. Auch wenn etwa der Streit, ob es vor allem um Arbeit für alle und Mindestlohn oder zuerst um ein bedingungsloses Grundeinkommen auf einem menschlichen Niveau gehen soll, sich fortsetzen wird. Wahrscheinlich muß beides in einen inneren konzeptionellen und po-

litischen Zusammenhang gebracht werden. Dann liegen die Positionen nicht mehr so weit auseinander. Eine andere Welt, die auch in Deutschland möglich werden soll, das ist mehr Zeit zum Leben, weniger Arbeitshetze und mehr Lebensqualität in einer Welt, die friedlich, solidarisch, sozial, gerecht, umweltverträglich und nachhaltig eingerichtet ist. Daran ist letztlich linke Politik zu messen. Solche Kooperationen müssen auch auf Landesebene auf neue Weise fruchtbar gemacht werden.

Drittens hat die PDS in den vergangenen Jahren inhaltliche Positionen erarbeitet, die weiterführend sind. Dazu gehört, daß es programmatisch um ein »Dreieck« der Politik geht, (1) sich bewußt und mit konkreten Alternativen den Anforderungen der Tagespolitik zu stellen, (2) ein kooperatives Verhältnis zu den sozialen, zivilgesellschaftlichen, feministischen, ökologischen und Friedensbewegungen zu pflegen sowie (3) an Gesellschaftskonzepten jenseits des realexistierenden Kapitalismus zu arbeiten, d. h. über Sozialismus in einem neuen, demokratischen Sinne nachzudenken. Jede Landes- bzw. Regierungspolitik steht zwangsläufig in einem solchen Kontext. Die Politik wird letztlich daran gemessen, daß alle drei Dimensionen sichtbar und für Mitglieder und Wähler nachvollziehbar sind.

Viertens sollten die programmatischen Debatten nicht überbewertet werden. Die Programmatik bleibt rückgebunden an die Politik, wie zugleich die Politik gleichsam unbehaust über den Wassern schwebt, wenn sie nicht eingebunden ist in ein programmatisches Gesamtkonzept. Das hat dann in der Tat etwas mit Unverwechselbarkeit zu tun. Vor diesem Hintergrund sind realistische Politikangebote für die verschiedenen Politikfelder grundlegend. Sie müssen zielstrebig und systematisch unter Hinzuziehung der unterschiedlichsten Angebote der verschiedenen politischen und sozialen Kräfte erarbeitet werden. Zugleich jedoch gilt, daß es oft zunächst auch genügen muß, Nein zu sagen zu bestimmten Entscheidungen im Sinne neoliberaler Umstülpung, auch wenn die alternativen, realisierbaren und politikrelevanten Gegenkonzepte noch nicht fertig auf dem Tisch liegen. Die Frage nach der Verstetigung des politischen Wirkens der Linkspartei über die Bundestagswahl und die kommende Wahlperiode hinaus wird sich danach entscheiden, inwiefern es den konkret agierenden Personen, den Organisationen der Partei und den mit ihr verbundenen Bewegungen und der gesamten Linken gelingt, diese Aufgaben gleichzeitig und in Verbindung miteinander zu lösen.

Die neue Bruchlinie

Die klassische Politikwissenschaft hat das Entstehen politischer Parteien entlang von historischen Konflikt- bzw. Bruchlinien (engl. cleavages) erklärt. In Europa waren die Prozesse der Industrialisierung, der Nationwerdung, der Säkularisation und der Ausdehnung des Wahlrechtes auf immer größere Teile der erwachsenen Bevölkerung bestimmend. Insofern wurden Bruchlinien unterschieden in den Problemfeldern: Staat – Kirche bzw. Konfessionen; Stadt – Land bzw. Industrie- und Handelsinteressen versus agrarische Interessen; Kapital – Arbeit sowie Zentrum – Peripherie.³ Die traditionellen Parteien, von den konservativen über liberale, christlich-demokratische und Parteien nationaler, kultureller oder religiöser Minderheiten sowie Bau-

3 Vgl. Seymour M Lipset, Stein Rokkan (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967. Siehe auch: Klaus von Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*, München: Piper Verlag 1984.

ernparteien bis hin zu den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien lassen sich anhand dieser interessenkonstituierenden Konfliktlinien sozialhistorisch erklären. Zusätzlich wurde seit den 1960er/1980er Jahren ein »Wertewandel« von eher traditionellen bzw. »materialistischen« Werten hin zu »postmaterialistischen« ausgemacht.⁴ Dies meint kulturelle, soziale, schließlich intellektuelle Bedürfnisse und deren Befriedigung, die allerdings stets die Befriedigung der physiologischen und physischen Bedürfnisse zur Voraussetzung haben. (Marxisch gesprochen: Die Menschen müssen erst essen, sich kleiden und wohnen, bevor sie Philosophie und Politik betreiben bzw. den Umweltschutz an die Spitze der Prioritätenliste stellen können.) Von daher wurde dann das Aufkommen der Grünen Parteien in Europa erklärt.⁵

Die Dominanz des Neoliberalismus hat die Lage weiter verändert. In diesem Sinne ist das Wirken der Sozialdemokratie unter Schröder genauer zu betrachten. Beraten von Politikwissenschaftlern, die meinten, die Arbeiterschaft hätte keine große Bedeutung mehr in der Gesellschaft und es sei besser, die SPD mittig zu positionieren, und unter dem Druck der Unternehmerverbände sowie der angeblichen Sachzwänge der sich globalisierenden Weltwirtschaft hatte die Führung der SPD ihre 1998 noch vorhandene soziale und politische Basis in erheblichem Maße verstoßen. Der Reformbegriff erscheint für weite Teile der Bevölkerung fortan negativ; bedeuteten »Reformen« unter Willy Brandt und Helmut Schmidt politische Maßnahmen zugunsten der Arbeitenden und sozial Schwachen, so sind Reformen jetzt in eins gesetzt mit Sozialabbau und Schlechterstellung der Arbeiter, Angestellten, Handwerker und sozial Schwachen. Es wurde, mit dem analytischen Zugang von Rohe zu sprechen, durch Agenda 2010 und »Hartz«-Gesetze bewußt versäumt, die politische Koalition mit den früheren Wählersegmenten zu erneuern. Schröder hat die Dinge in Deutschland vereinfacht: Ein linkes Gesicht in der SPD gibt es nicht mehr. Die SPD wurde mit ihrem grünen Ableger eine neoliberale Formation ohne Wenn und Aber, ist jedoch so weit »in die Mitte«, d. h. von links aus gesehen nach rechts gerückt, daß der offene Raum links immer größer wurde.

Den gilt es nunmehr zu füllen. Die prägende Bruchlinie heißt jetzt: Neoliberalismus versus Soziale Verantwortung. Sie überlagert alle anderen Bruchlinien. Die Partei SPD als Organisation ihrer politischen Elite hat das linke Lager verlassen und findet sich auf der anderen Seite dieser Bruchlinie. So entstand eine grundlegend neue politische Lage in Deutschland. Die Linke kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie an dieser Bruchlinie identifizierbar ist, auch beim Regieren.

4 Vgl. Ronald Inglehart: Wertewandel in westlichen Gesellschaften, in: Helmut Klages, Peter Kmieciak (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M./New York 1979, S. 279-316; Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch, Frankfurt a.M./New York 1989.

5 Vgl. Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.